

Kampf den rassistischen Zuständen

Rechtsmotivierte und rassistische Übergriffe haben in Deutschland eine lange Kontinuität. Die Beratungsstellen der RAA Sachsen, welche sich um Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt kümmern, zählten im Jahr 2011 186 Angriffe. Seit 1990 gibt es über 180 bekannte Todesfälle, die einen rassistischen oder nazistischen Hintergrund haben.

Beschämend ist, dass die Bundesregierung nicht alle Todesfälle mit diesem Hintergrund anerkennt. Diese Regierung und ihre staatlichen Instanzen sind so mitunter Verursacher von rassistischen Gewalttaten. Ein Staat, der die sogenannte Extremismustheorie in Gang setzt und damit linke Initiativen und Gruppen, die sich gegen rassistisches und nazistisches Gedankengut in allen Formen engagieren, kriminalisiert und mit dem rechten Spektrum gleichsetzt, ist für uns Teil des rassistischen Problems, welches sich nicht ausschließlich auf den Straßen abspielt. Aus staatlicher Perspektive werden Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedene Kategorien unterteilt. Ihnen werden je nach Herkunft oder Aufenthaltsstatus Menschenrechte vorenthalten, was für Faschist*innen und Rassist*innen unter anderem auch einen Anreiz für ihr Handeln gibt.

Alltagstauglich werden rassistische Ressentiments insbesondere durch Medien gemacht. Ein aktuelles Beispiel: Die Presselandschaft betitelte die NSU-Morde, welche aus rassistischen Beweggründen stattfanden, als „Döner - Morde“. Der in solchen Schlagwörtern zugrundeliegende gesellschaftliche Rassismus ist unter anderem mit verantwortlich dafür, dass die Menschen, die den Opfern des NSU nahe standen, weiterhin gedemütigt werden.

Wir sind heute hier, um ein unmissverständliches Zeichen gegen rassistische Zustände und rassistische Gewalt zu setzen. Denn diese sind immer ein Produkt der gesellschaftlichen Stimmung. Auch die Polizei, als Teil der heutigen Gesellschaft, prägt die vorherrschende rassistische Stimmung durch Übergriffe, Morde, Strafverfolgungen oder der fehlenden Bereitschaft bei rassistisch motivierten Übergriffen zu ermitteln.

Es ist unfassbar, dass Oury Jalloh 2005 in einer Dessauer Gefängniszelle gefoltert und angezündet wurde. Noch immer wurde kein Beamter für seinen Tod verantwortlich gemacht. Rassistische Morde, wie die des NSU, blieben jahrelang geheim, während der Verfassungsschutz gesammelte Ermittlungsakten zu dieser Organisation und ihrem Umfeld vernichtete. Flüchtlingscamps bzw. -proteste oder Flüchtlinge selbst werden des Öfteren Ziel von Polizist*innen, welche mit erschreckender Gewalt vorgehen, um die rassistischen Gesetze Deutschlands durchzusetzen. Die 2012 erschienenen Kalender der Polizeigewerkschaften, welche von mehreren Menschenrechtsorganisationen eindeutig rassistisch eingestuft worden, scheinen da nur das i-Tüpfelchen zu sein.

WE CAN'T RELAX!!!

Doch diese ungestörte Kontinuität rassistischer Angriffe sowie das Agieren von Polizei, Nazis und Staat, wie auch das Desinteresse und das Zusehen der Mehrheitsgesellschaft sind Grund genug dagegen zu protestieren. Die rassistischen Zustände und das inakzeptable Vorgehen von Staat und Polizei sind in Deutschland keine Seltenheit. Tagtäglich werden Menschen, welche nicht in das Bild des weißen Deutschen passen, von Polizist*innen kontrolliert. In Dresden berichtete uns ein Mensch, welcher eben nicht in das Bild des weißen deutschen Beamten passte, dass er zweimal, sowohl bei der Ankunft, als auch bei der Abfahrt, im Hauptbahnhof kontrolliert wurde. Dies geschah nur aufgrund seiner Hautfarbe. Als couragierte Menschen ihre Meinung zu dem Vorgehen der Polizist*innen äußerten, wurde deren Meinungsfreiheit beschnitten, Personalien aufgenommen und mit Strafanzeigen gedroht. Schaut Mensch in Bahnhöfen mal etwas genauer hin, ist zu erkennen, dass Kontrollen von Menschen mit scheinbarem Migrationshintergrund eine starke Beständigkeit haben.

Auch wenn „Racial Profiling“ von staatlicher Seite vor einem Monat verboten wurde, wird die Polizei aufgrund diverser rassistischer Ressentiments weiterhin Menschen aufgrund ihres Aussehens selektieren und kontrollieren. Für uns wäre ein erster Schritt, ein Umdenken der Gesellschaft zu erreichen, da wir von staatlicher Seite keine Besserung erwarten, um verdachtsunabhängige Kontrollen endlich abzuschaffen. Weiterhin denken wir, dass Betroffene auch in Zukunft aufgrund staatlicher Schikanen und Demütigungen in Angst leben müssen. Diese Situation stellt eine Gefahr für Menschen mit Migrationshintergrund dar, deshalb ist es umso wichtiger diese Situation nicht zu verschweigen oder darüber hinweg zu sehen, sondern diese Methode öffentlich und somit angreifbar zu machen.

Wir nehmen dieses Verhältnis in Dresden oder anderswo nicht länger hin. Lasst uns die rassistischen Zustände aufdecken und ihnen gemeinsam entgegentreten.

Solidarität mit allen Betroffenen rassistischer und faschistischer Gewalt!

Undogmatische Radikale Antifa Dresden 05.12.2012

Homepage: uradresden.noblogs.org

Kontakt: ura-dresden@riseup.net